

Anträge 34. Landesparteitag die Linke Bremen

Im folgenden dokumentieren wir die Anträge an den 34. Landesparteitag der Linken Bremen und Bremerhaven

Inhaltsverzeichnis

L - Leitantrag

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
L 01 -01	Amendment to L 01 Felix Pithan (KV Links der Weser · Nr. 411)	19
L 01 -02	Amendment to L 01 Felix Pithan (KV Links der Weser · Nr. 411)	19
L 01 -03	Änderungsantrag zu L 01 Katja Pusch (KV Mitte-Ost · Nr. 305)	21
L 01 -04	Änderungsantrag zu L 01 Katja Pusch (KV Mitte-Ost · Nr. 305)	21

A - Anträge an den Parteitag

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
A 05 -01	Änderungsantrag zu A 05 Wilfried Schartenberg (KV Links der Weser)	4
A 08 -01	Änderungsantrag zu A 08 Anna Patzig (Linksjugend · Nr. 502)	5
A 09 -01	Änderungsantrag zu A 09 LAG Betrieb und Gewerkschaft	7
A 09 -02	Änderungsantrag zu A 09 LAG Betrieb und Gewerkschaft	8
A 09 -03	Änderungsantrag zu A 09 LAG Betrieb und Gewerkschaft	8
A 09 -04	Änderungsantrag zu A 09 LAG Betrieb und Gewerkschaft	9
A 09 -05	Änderungsantrag zu A 09 LAG Betrieb und Gewerkschaft	10
A 09 -06	Änderungsantrag zu A 09 LAG Betrieb und Gewerkschaft	10
A 12 -01	Änderungsantrag zu A 12 Andreas Hein-Foge (KV Nord-West LGST · Nr. 702)	11
A 18 -02	Änderungsantrag zu A 18 Andreas Hein-Foge (KV Nord-West LGST · Nr. 702)	13
A 18 -03	Änderungsantrag zu A 18 Sofia Leonidakis (KV Mitte-Ost · Nr. 312)	14
A 18 -04	Änderungsantrag zu A 18 Landesvorstand	15
A 18 -05	Änderungsantrag zu A 18 Sofia Leonidakis (KV Mitte-Ost · Nr. 312)	16
A 19 -01	Änderungsantrag zu A 19 Nico Müller (Linksjugend · Nr. 555)	17
A 20 -01	Änderungsantrag zu A 20 Anna Fischer (KV Nord-West · Nr. 205)	18

O - Anträge mit Organisationsbezug

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
O 07 -01	Änderungsantrag zu O 07 Solveig Brand (Linksjugend · Nr. 501)	22
O 08 -01	Änderungsantrag zu O 08 Andreas Hein-Foge (KV Nord-West LGST · Nr. 702)	23
O 13 -01	Amendment to O 13 Felix Pithan (KV Links der Weser · Nr. 411)	24
O 13 -02	Amendment to O 13 Felix Pithan (KV Links der Weser · Nr. 411)	25
O 13 -03	Amendment to O 13 Felix Pithan (KV Links der Weser · Nr. 411)	25
O 14 -01	Änderungsantrag zu O 14 Andreas Hein-Foge (KV Nord-West LGST · Nr. 702)	26
O 16	Delegiertenschlüssel für Bundesparteitag Günter Matthiessen	29

Antrag A 05 -01: Änderungsantrag zu A 05

Änderungsantrag zu A 05

Antragsteller/in:	Wilfried Schartenberg (KV Links der Weser)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 4

- 1 Die Platanen auf der Neustadt-Seite bleiben bis auf weiteres erhalten. Die Fraktion
- 2 Die Linke in der Bürgerschaft wird aufgefordert, alle Streit-Parteien an einen
- 3 Tisch zusammen zu ziehen und einen Kompromiss zu erarbeiten, bei dem die Platanen
- 4 erhalten bleiben.

Nach dem Erfolg einer Mannheimer Bürgerinitiative, die sich ähnlich wie in Bremen für einen Hochwasserschutz mit Erhalt des vorhandenen Baumbestandes durch eine Spundwand, aktuell erfolgreich eingesetzt hat, unterstützen wir die Forderung der Bremer Bürgerinitiative „BI-Platanen am Deich - <https://bi-platanen-am-deich.jimdoweb.com/> diese Lösung auch in Bremen anzuwenden.

Unsere Abgeordneten in der Bürgerschaft werden aufgefordert, sich für diese technische Lösung, die den Hochwasserschutz und den Erhalt der Platanen an der Weser sichert, einzusetzen

Begründung

„siehe Stellungnahme der BI-platanen-am-deich:
<https://bi-platanen-am-deich.jimdoweb.com/>

Make it linke Mannheim

„Wir sind Ingenieure: Geht nicht, gibt's nicht!“

ERFOLG FÜR BI IN MANNHEIM - KARLSRUHE ENTSCHIEDET FÜR HOCHWASSERSCHUTZ MIT BAUMERHALT

Was in Bremen insbesondere von den GRÜNEN Senatorinnen und Senatoren gebetsmühlenartig seit Jahren als Ding der Unmöglichkeit dargestellt wird, ist nun offenbar am Rheinhochwasserdamm in Mannheim doch möglich!

Eine Bürgerinteressengemeinschaft setzt sich, ebenso wie unsere BI in Bremen, seit Jahren für sicheren Hochwasserschutz *mit* dem Erhalt des wertvollen Baumbestand auf dem Rheindamm ein

und hatte es bis dato mit massivem Widerstand des zuständigen Regierungspräsidiums in Karlsruhe zu tun. Die rigorosen Planungen des Regierungspräsidiums sahen, ebenso wie in Bremen, einen massiven Kahlschlag des Baumbestands vor, um den Damm zu ertüchtigen. Doch nun hat dort glücklicherweise ein Umdenken um 180 Grad stattgefunden!

Die Planungen wurden ganz aktuell grundlegend dahingehend geändert, den Hochwasserschutz nunmehr, wie von der BI in Mannheim gefordert, mit einer Spundwand herzustellen, was den Erhalt der allermeisten Bäume auf dem Hochwasserdamm ermöglichen würde.

Der zuständige Projektleiter wird in der Presse mit Bezug auf die Machbarkeit von sicherem Hochwasserschutz *mit* Baumerhalt, mit der Aussage zitiert: „**Wir sind Ingenieure: Geht nicht, gibt's nicht!**“

An dieser Aussage sollten sich der in Bremen für das geplante Betonmonster an der Weser technisch verantwortliche Stabsstellenleiter Ing. H. Krebs und Umweltsenatorin Moosdorf einmal ein Beispiel nehmen. Auch in Bremen ist sicherer Hochwasserschutz mit Erhalt der klima- und gesundheitschützenden Platanen möglich.

Dazu passend, die Aussage des renommierten und insbesondere mit den Hochwasserbedingungen an der Weser vertrauten Wasserbauingenieurs *Hans van Assen* mit Bezug auf das von unserer BI vorgelegte [Alternativkonzepts](#):

„Nachdem ich die Vorlagen durchgearbeitet hatte, kam ich zu dem gleichen, im Gutachten vorgeschlagenen Schluss, dass eine landseitige Spundwand die einfachste, kostengünstigste und am wenigsten risikobehaftete Lösung sei.“

Für unsere BI ist die gute Nachricht aus Mannheim eine große Motivation, uns auch weiterhin voller Engagement für sicheren Hochwasserschutz *mit* Erhalte der wertvollen Platanen am Neustädter Deich einzusetzen!

Siehe zum Erfolg der Bürgerinitiative in Mannheim:

<https://www.big-lindenhof.de/projekte/rheindammsanierung/kahlschlag-vom-tisch/> “

Antrag A 08 -01: Änderungsantrag zu A 08

Änderungsantrag zu A 08

Antragsteller/in:	Anna Patzig (Linksjugend · Nr. 502)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 5

- 1 ~~Die Partei Die Linke wird aufgefordert, sich für eine Überarbeitung der~~
2 ~~Ausbildungspläne für Lehrkräfte und Assistenzkräfte auf Landes- und Bundesebene~~
3 ~~einzusetzen. Zudem soll sie sich für eine Neugestaltung von Schulen und~~
4 ~~Lernumgebungen in Zusammenarbeit mit der GEW und Forschungsinstituten einsetzen.~~
5 ~~Dazu sollen auch international nach Lösungsansätzen gesucht werden.~~

Die Linke Bremen und Bremerhaven setzt sich auf Landes- und Bundesebene dafür ein, dass die Voraussetzungen für eine chancengerechte und inklusive Bildung deutlich verbessert werden.

6

Dazu gehören insbesondere folgende Aspekte:

- Die Verankerung der inklusiven Pädagogik in allen Lehramtsstudiengängen als auch im Referendariat, sowie in der Ausbildung von Erzieher:innen, Heilerziehungspflegekräften und anderem pädagogischen Personal.
- Ein umfangreiches Fortbildungsprogramm für Lehrkräfte und anderes pädagogisches Personal, welches regelmäßig und praxisnahe Themen wie beispielsweise Inklusion, Diversität, Sprachförderung, Traumapädagogik und vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung beinhaltet.
- Einheitliche Mindeststandards bezüglich der Qualifikationen und Fortbildungen von persönlichen Assistenzen: Dazu gehören unter anderem folgende Aspekte: Wissen über das Behinderungs- und/oder Krankheitsbild des Kindes, teilweise pflegerische Grundkenntnisse, Kinderschutz, pädagogische Haltung, Zusammenarbeit im Team. Des Weiteren bedarf es für Schulbegleiter*innen und persönliche Assistenzen ein verbindliches Anstellungssystem mit Weiterbildungspflicht und -möglichkeit, Supervisionen, Tarifbindungen und besseren Gehältern sowie unbefristete Verträge.
- Mehr personelle Ressourcen und keine Stellenkürzungen (wie evtl. in Bremerhaven geplant), indem die Arbeitsbedingungen an Schulen verbessert werden. Dazu gehört unter anderem die Arbeitszeiterfassung, die Erhöhung von Gehältern, keine Erhöhung auf 41 Stunden, bessere strukturelle Bedingungen (z. B. Testteams auch in Bremerhaven, Ausbau der ReBuZ, mobilen Dienste, Verankerung von Teamteaching), Förderung der psychischen und physischen Gesundheit.
- Ausbau von Ausbildungs-, Referendariats-, Anerkennungs- und Studienplätzen in den pädagogischen Bereichen – ohne Qualitätsverluste. Die Ausbildung/Studium sollte finanziell unterstützt werden, da viele pädagogische Ausbildungen momentan unentgeltlich sind und sich dies nur ein Teil der Lernenden leisten kann.
- Die Förderung des Ausbaues von multiprofessionellen Teams (z. B. Sonderpädagog:innen, weitere Lehrkräfte, Erzieher:innen, Heilerziehungspflegekräfte, persönliche Assistenzen, Schulsozialarbeit...) an Schulen für eine möglichst ganzheitliche Förderung der Schüler:innen. Dafür ist auch die Zusammenarbeit und der Ausbau mit dem Schulpsychologischen Dienst, Mobilen Diensten, ReBuZ, Kindertherapeut:innen usw. wichtig.
- Eine deutliche Verbesserung der materiellen Ausstattung von Schulen in Bremerhaven und Bremen. Die Gebäude- und Raumstruktur an Schulen sollte möglichst barrierearm sein, um

möglichst alle Bedürfnisse der Schüler*innen zu erfüllen. Dies bezieht sich ausdrücklich nicht nur auf Schüler:innen mit einer Gehbeeinträchtigung ein. Die digitale Infrastruktur muss ausgebaut und verbessert werden. Bei der Anschaffung von digitalen Lehrmitteln sollte auf barrierearme und differenzierte Zugänge geachtet werden bzw. im Zweifelsfall Alternativen geschaffen werden. Auch analoge Lehrmittel müssen überarbeitet bzw. neu beschaffen werden. Hierbei sollte unter anderem auf Differenzierung, verschiedene Lernwege und diskriminierungssensible Lehrmaterialien geachtet werden.

- Aufbau eines transparenten Monitorings für Inklusion und Chancengerechtigkeit an Schulen.

7

In diesem Zusammenhang sollte eine Zusammenarbeit mit GEW, Forschungsinstitutionen, Schüler*innen- und Elternvertretungen usw. angestrebt werden.

Begründung

Der ursprüngliche Antrag greift das wichtige Thema der inklusiven und chancengerechten Schulen auf, bleibt hierbei aber leider vage und unspezifisch.

Mit dem Änderungsantrag sollte die Zielrichtung des ursprünglichen Antrages aufgegriffen werden, wobei hierbei strukturelle Herausforderungen und Handlungsansätze präzisiert werden.

Weitere Begründung erfolgt mündlich

Antrag A 09 -01: Änderungsantrag zu A 09

Änderungsantrag zu A 09

Antragsteller/in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 18

18 Hier ~~sehen wir akuten~~ergibt sich akuter Handlungsbedarf!

Begründung

.

Antrag A 09 -02: Änderungsantrag zu A 09

Änderungsantrag zu A 09

Antragsteller/in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 19 - 23

- 19 Unser Anspruch als sozialistische Mitgliedspartei ~~ist~~muss es sein, die Macht der abhängig
20 Beschäftigten zur Entfaltung zu bringen, ihre Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit
21 zu stärken und so dem Kapital die Stirn zu bieten! Dies ist nur konsequent und glaubhaft zu
erreichen ~~wir~~, indem ~~einer~~
22 ~~unserer strategischen Schwerpunkte~~ die betriebliche Praxis und damit die Welt der
23 Arbeit einer der strategischen Schwerpunkte unseres Landesverbandes wird.

Begründung

-

Antrag A 09 -03: Änderungsantrag zu A 09

Änderungsantrag zu A 09

Antragsteller/in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 24 - 31

- 24 Innerparteilich ~~wollen wir~~soll dafür Sorge ~~tragen~~getragen werden, dass sich all die abhängig
25 beschäftigten Mitglieder als Kern der Partei verstehen. ~~Wir unterstützen den~~
Der Beschluss des Bundesparteitags in Chemnitz, die Lücke bei der Repräsentation von
27 abhängig Beschäftigten auf politischen Posten und Listen in der Partei zu schließen, ist nicht
nur zu unterstützen, sondern ihm ist auch in unserer gelebten Praxis Folge zu leisten

- 28 . Nur so wird Die Linke zu einer Kraft, die von der arbeitenden Klasse als ihr
29 parlamentarischer Arm wahrgenommen wird, die ihre Kämpfe vorantreibt und ihr in
30 Parlamenten den Rücken stärkt. Außerdem ~~wollen wir~~ sollen auch innerparteilich
Genoss*innen ~~motivieren und~~
31 ~~ermächtigen~~ motiviert und ermächtigt werden, linke Politik im Besonderen auf der Arbeit zu
leben, und dort als
32 Gewerkschafter*innen und Betriebsrät*innen als ernstzunehmende Stimme der
33 arbeitenden Klasse aufzutreten.

Begründung

.

Antrag A 09 -04: Änderungsantrag zu A 09

Änderungsantrag zu A 09

Antragsteller/in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 36 - 40

- 34 Darüber hinaus muss Die Linke abhängig Beschäftigte organisieren und sie befähigen,
35 sich kämpferisch und solidarisch den Krisen der Arbeit im Kapitalismus zu
36 widersetzen. Als Die Linke in Bremen ~~werden wir~~ ist es unsere Aufgabe, den
Interessensgegensatz zwischen
37 Kapital und Arbeit, und dessen Auswirkungen auf unseren Alltag wieder stärker
38 herausstellen. ~~Wir werden abhängig Beschäftigte~~ Es gilt daher, abhängig Beschäftigte wieder
zu politisieren, organisieren und
zu organisieren, zu mobilisieren. ~~Wir werden die~~ und und sie von linken Ideen zu überzeugen.
39 Dafür ist es eine Notwendigkeit ~~für, die~~ gewerkschaftliche Arbeit und
40 die betriebliche Interessensvertretung in den Fokus rücken und ~~dabei unsere~~ unsere
41 Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften verstärken.

Begründung

-

Antrag A 09 -05: Änderungsantrag zu A 09

Änderungsantrag zu A 09

Antragsteller/in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 42

42 ~~Wir wollen:~~ Als Linke im Land Bremen wollen wir uns Folgendem annehmen:

Begründung

-

Antrag A 09 -06: Änderungsantrag zu A 09

Änderungsantrag zu A 09

Antragsteller/in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 53 - 55

- 53 • ~~Veranstaltungen, auch gemeinsam mit anderen LAGs und der Fraktion zu Themen-~~
54 ~~aus der Arbeitswelt durchführen, wie z. B. Arbeit in der Pflege, Arbeit in-~~
55 ~~Wissenschaft und Forschung, etc.~~

Veranstaltungen zu Themen aus der Arbeitswelt durchführen, wie z. B. Arbeit in der Pflege, in Wissenschaft und Forschung oder in Kultur und Medien durchzuführen und somit Arbeit und die Mitbestimmung in Betrieb und Gewerkschaft auch als zentrales Querschnittsthema zu verstehen. Dafür ist eine fachübergreifende enge Vernetzung von LAGs und der Fraktion anzustreben.

Begründung

-

Antrag A 12 -01: Änderungsantrag zu A 12

Änderungsantrag zu A 12

Antragsteller/in:	Andreas Hein-Foge (KV Nord-West LGST · Nr. 702)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 6

~~1 Die Linke Bremen verurteilt Krieg und Vertreibung in Gaza und im Westjordanland und
2 setzt sich für das sofortige Ende von Bombardierung und Truppeneinsatz in Gaza
3 sowie für umfassende Hilfslieferungen und gegen illegalen Siedlungsbau ein. Die
4 Linke Bremen fordert das sofortige Ende der Waffenlieferungen an Israel sowie den
5 Stopp der gesamten militärischen, geheimdienstlichen und polizeilichen Kooperation
6 mit Israel.~~

Das eine Unrecht wiegt das andere nicht auf. Weder jetzt noch historisch!

Wer fordert, die „Juden ins Meer“ zu treiben, lässt nicht nur seine eigene Menschlichkeit vermissen, sondern verkennt auch die lange Realität jüdischen Lebens in dieser Region und der Menschen, die Israel ihre Heimat nennen und keine andere Heimat kennen.

7

Wer fordert, die Palästinenser:innen umzusiedeln, oder sie gar auslöschen will, äußert sich ebenso unmenschlich und verkennt das Selbstbestimmungs- und Existenzrecht des palästinensischen Volkes.

Zeile 7 - 9

~~7 Die Linke Bremen unterstützt potenzielle Bündnispartner*innen und beteiligt sich an
8 der Mobilisierung und Durchführung von örtlichen Demonstrationen sowie anderen
9 Aktionen~~

Solidarität darf nicht selektiv sein. Nicht ideologisch verzerrt. Und nicht blind für das Leid der Anderen.

Diese Anderen leben unter uns. Sie sind unsere Nachbar:innen, Kolleg:innen, Freund:innen und manchmal sind sie auch unsere Familie.

Wer wollen wir sein angesichts ihres Schmerzes?

Wir wollen die Stimmen des Friedens stärken – in Israel, in Palästina und hier bei uns. Wir unterstützen die, die Brücken bauen. Nicht die, die Gräben ziehen.

Unsere Solidarität gilt den Menschen.

Nicht den Mächtigen. Nicht den Tätern.

Sie gilt den Verletzlichen. Den Angegriffenen. In Nahost wie in Deutschland.

An ihre Seite stellen wir uns.

Zeile 10 - 11

~~40 Die Mitglieder der Partei setzen sich im DGB und den Einzelgewerkschaften für
41 gewerkschaftliche Aktionen gegen Waffentransporte an Israel ein.~~

Palästinenser:innen und Israelis haben das Recht auf ein Leben in Freiheit, Sicherheit und eigener Staatlichkeit – ebenso wie Jüdinnen und Juden das Recht haben, weltweit in Frieden und ohne Angst zu leben.

Das ist nicht gegeneinander auszuspielen – es gehört zusammen.

12

Deshalb treten wir für eine auf Menschenrechte begründete Perspektive auf den Nahostkonflikt ein.

Eine Perspektive, die die Komplexität des Konfliktes abbildet.

Die sich nicht scheut, Täter, Anheizer und Extremisten klar zu benennen und Rechenschaft zu fordern.

Wir erheben unsere Stimme gegen jede Form von Antisemitismus.

Wir verwehren uns gegen jede Verharmlosung oder politische Instrumentalisierung.

13

Wir erheben unsere Stimme gegen Islamfeindlichkeit, Gewaltverherrlichung und ideologische Verhärtung.

Wir verwehren uns gegen demokratiefeindliche, rassistische Narrative oder deren politische Instrumentalisierung.

Wir verurteilen alle Bestrebungen, den terroristischen Überfall am 7. Oktober 2023 zu relativieren und zu instrumentalisieren.

An diesem Tag hat die Hamas auf barbarische Weise ihren Judenhass in einer unfassbaren Gewaltorgie zelebriert. Sie hat billigend in Kauf genommen, dass über zwei Millionen Palästinenser:innen in akute Lebensgefahr gerieten. Infolgedessen haben tausende Menschen ihr Leben verloren und werden weiter sterben, solange dieser Konflikt ausschließlich mit militärischen Mitteln gelöst werden soll.

Die Opfer auf beiden Seiten dürfen weder politisch, ideologisch oder aktivistisch missbraucht, noch vergessen werden.

14

Wer sich an die Seite von Akteur:innen stellt, die antisemitische, antimuslimische, antifeministische, rassistische, antidemokratische, homo-, trans- oder queerfeindliche Ziele verfolgen, macht sich mit diesen Gedanken und Zielen gemein. Und ist kein:e Partner:in für uns.

Wer mit Gruppierungen paktiert, die diese Akteur:innen implizit oder explizit dulden oder mit ihnen kooperieren, ebenso.

Palästinasolidarität darf kein Hafen für verdeckten Antisemitismus und Hass sein.

15

Frieden entsteht nicht durch Parteinahme, sondern durch Prinzipien: Menschenwürde, Völkerrecht, Empathie und Gerechtigkeit.

Was können wir hier tun, weit weg von den Bomben, die auf Gaza fallen, weit weg von den Terrortunneln, in denen immer noch Geiseln gefangen sind?

16

Wir wollen die Stimmen des Friedens stärken – in Israel, in Palästina und hier bei uns. Wir unterstützen die, die Brücken bauen, nicht die, die Gräben ziehen.

Lasst uns laut sein auf Demonstrationen und in unserem Umfeld. Lasst uns Menschenfeindlichkeit benennen, auch in unseren eigenen Reihen. Lasst uns Räume schaffen, in denen differenzierter Austausch und Lernen möglich ist.

17

Lasst uns die Stimmen der Betroffenen verstärken, die jetzt unsere Unterstützung brauchen. Lasst uns in diesem Sinne solidarisch sein – mit beiden Völkern. Für eine Zukunft in Nahost, die diesen Namen verdient.

Und lasst uns gemeinsam laut sein, wenn Antisemitismus sein hässliches Gesicht zeigt.

Begründung

Es sollte selbsterklärend sein.

Menschlichkeit funktioniert nur, wenn wir menschlich auch in den Formulierungen sind.

Der Text ist entlehnt aus einem Brief: Für einen Frieden in Nahost, initiiert von Mitgliedern und Nichtmitgliedern der Linken.

Antrag A 18 -02: Änderungsantrag zu A 18

Änderungsantrag zu A 18

Antragsteller/in:	Andreas Hein-Foge (KV Nord-West LGST · Nr. 702)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 11 - 12

11 Der Krieg, mit dem die israelische Regierung antwortet, ist ~~an Brutalität schwer zu~~
12 ~~übertreffen.~~brutal: Über 110.000 Tote und Verletzte. Von den über 50.000 Getöteten sind
13 zwei Drittel Frauen und Kinder. Viele werden nach wie vor vermisst. Ein Großteil
14 der Infrastruktur ist zerstört, humanitäre Hilfe wird unterbunden, Menschen
15 hungern, während Hilfskonvois warten. Die Kriegsführung legt den Schluss nahe, dass
16 es um Rache geht, nicht um Selbstverteidigung. Sie ist unverhältnismäßig und
17 inhuman. Die Kriegsführung gefährdet die Geiseln und die Menschen in Gaza. Die nun
18 geplante Umsiedelung der Palästinenser*innen ist völkerrechtswidrig und wird nur
19 mit größter Gewalt umzusetzen sein. Wir verurteilen die Verübung dieser
20 Kriegsverbrechen durch die israelische Regierung, an der Rechtsextreme und
21 Kriminelle beteiligt sind.

Begründung

Mir fallen auf Anhieb eine Reihe von kriegerischen Auseinandersetzungen und Kriege ein, die den Einsatz der IDF in Gaza an Brutalität übertreffen. (Daesh (IS), Rwanda, der Russlandfeldzug der Wehrmacht, das japanische Vorgehen auf dem ostasiatischen Festland im und vor dem zweiten Weltkrieg, um nur vier zu nennen, die die Brutalität des militärischen Vorgehens in Gaza bei Weitem übertreffen.)

Die geänderte Formulierung betont nach wie vor das brutale Vorgehen der IDF ohne dabei den nicht zutreffenden Superlativ zu bemühen.

Antrag A 18 -03: Änderungsantrag zu A 18

Änderungsantrag zu A 18

Antragsteller/in:	Sofia Leonidakis (KV Mitte-Ost · Nr. 312)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 46

37 Wir sind sowohl gegen das Schleifen des Kampfs gegen Antisemitismus, noch für das
38 Schweigen zu dem Gräueltat in Gaza. Aus unserer Sicht ist es als Linke möglich und
39 nötig, sowohl entschieden gegen den wachsenden Antisemitismus als auch gegen
40 zunehmenden Rassismus einzustehen und sie aktiv zu bekämpfen. Es ist möglich, den

- 41 Anstieg antisemitischer als auch rassistischer Gewalt anzuprangern. Es ist möglich,
42 zugleich zu kritisieren, wenn Israels Kriegsführung als Selbstverteidigung, als
43 auch wenn der Hamas-Terror als Befreiungskampf zynisch verharmlost wird. Es ist
44 möglich, den brutalen genozidalen Überfall der Hamas auf Kibbuzim und ein linkes
45 Festival zu benennen, als auch die genozidale Kriegsführung der israelischen
46 Regierung in Gaza. Maßgeblich ist für uns die Einhaltung des Völkerrechts. Schlüssel für einen Frieden im Nahen Osten ist ein Ende der völkerrechtswidrigen Besatzung, das völkerrechtlich garantierte Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und die Gründung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 Seite an Seite mit Israel. Diese Parameter wurden am 19.Juli 2024 vom Internationalen Gerichtshof (IGH) in seinem Rechtsgutachten für die Vereinten Nationen bestätigt.
Vor dem Hintergrund des Völkerrechts ist auch der Angriff auf den Iran, der die Menschen in Teheran in Angst und Schrecken versetzt, Zivilist*innen massiv gefährdet, weil sie keine Schutzräume haben, und der bereits zu vielen Opfern geführt hat, als völkerrechtswidrig zu verurteilen. Während der Angriff die Eskalationsspirale weiter anheizt, festigt er innenpolitisch die Position des rechtsnationalen israelischen Premiers. Dem Mullahregime im Iran dient er als willkommener Vorwand für noch brutalere Verfolgung von Oppositionellen.

Zeile 47 - 48

- 47 Über die Gefahr für Zivilist*innen auf beiden Seiten durch die Eskalation zwischen Israel und Iran, darf Gaza aber nicht aus dem Blick geraten. Es ist nötig, die Menschen in Gaza zu
48 würdigen, die trotz drohender martialischer Strafen gegen die Hamas protestieren, als auch den jenigen Israelis Sichtbarkeit zu
49 verschaffen, die für Frieden und die Freilassung der Geiseln demonstrieren.

Begründung

Zwischen den Antragsteller*innen von A18 und O14 geeinte Änderungen, um einen gemeinsamen Beschluss zu ermöglichen.

Antrag A 18 -04: Änderungsantrag zu A 18

Änderungsantrag zu A 18

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 49

- 47 Es ist nötig, die Menschen in Gaza zu würdigen, die trotz drohender martialischer
48 Strafen gegen die Hamas protestieren, als auch den Israelis Sichtbarkeit zu
49 verschaffen, die für Frieden und die Freilassung der Geiseln demonstrieren.

Wir setzen uns für das sofortige Ende von Bombardierung und Truppeneinsatz in Gaza sowie für umfassende Hilfslieferungen ein. Wir fordern die Bundesregierung auf, angesichts der israelischen Kriegsführung, die offensichtlich sytematisch Kriegsverbrechen begeht, bis auf Weiteres keine Lieferung von Angriffswaffen an Israel zuzulassen.

Begründung

Antrag des Lavo, um eine Zusammenführung auch mit A12 zu ermöglichen.

Antrag A 18 -05: Änderungsantrag zu A 18

Änderungsantrag zu A 18

Antragsteller/in:	Sofia Leonidakis (KV Mitte-Ost · Nr. 312)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 61

- 54 Antisemitismus beginnt nicht beim offenen Hass gegen Jüdinnen und Juden, sondern
55 zeigt als sich bereits als Verschwörungsideologie, die falsche, entmenschlichende,
56 dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Jüdinnen und Juden oder eine
57 vermeintliche „jüdische Weltverschwörung“ oder über die Kontrolle der Medien,
58 Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch Jüdinnen
59 und Juden annimmt. Antisemitismus ist daher auch nicht eine von vielen Formen
60 rassistischer Diskriminierung, sondern besitzt als umfassende
61 Verschwörungsideologie einen eigenen Charakter.

Dabei muss auch Kritik an der Politik Israels als auch die Solidarität mit Palästina möglich sein. Legitime und diskriminierungsfreie Kritik an der Politik Israels darf nicht zu Repression, Ausweisung, Ausbürgerung, Entzug von Fördergeldern, der Einschränkung von Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit oder anderen Sanktionen führen. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns gegen die politische Instrumentalisierung der IHRA-Definition des Antisemitismus durch die Bundesregierung aus. Gleichzeitig darf Kritik an Israel nicht antisemitisch abdriften. Dafür ist eine intensive Auseinandersetzung mit Formen des Antisemitismus nötig. Als Linke

sind wir pluralistisch, stehen entschieden gegen Antisemitismus, Repression und Rassismus. Wir werden eine wissenschaftliche Debatte um Definitionen nicht ersetzen oder per Mehrheitsbeschluss beenden. Im Gegenteil: Wir begrüßen, dass die Debatte nun nachgeholt werden soll und wollen uns daran aktiv beteiligen, auch im Landesverband Bremen.

Wir wollen, dass jüdische Schüler*innen ihr Jüdisch-Sein nicht verstecken müssen oder deshalb bedroht werden. Jüdisches Leben muss sicher und sichtbar sein, auch in Bremen und Bremerhaven. Gedenken an die Getöteten und Verschleppten und Kritik an den aktuellen Angriffen auf Israel muss störungsfrei möglich sein. Palästina- oder iranstämmige Bremer*innen und Bremerhavener*innen müssen ihr Entsetzen angesichts der vielen zivilen Opfer und Kriegsverbrechen öffentlich ausdrücken können. Wir wollen, dass sowohl das Tragen der Kippa als auch das Tragen der Kufiya ohne Bedrohung und Kriminalisierung möglich sind.

Begründung

Zwischen den Antragsteller*innen von A18 und O14 geeinte Änderungen, um einen gemeinsamen Beschluss zu ermöglichen. Antragstellerin ist eigentlich Sofia L.

Antrag A 19 -01: Änderungsantrag zu A 19

Änderungsantrag zu A 19

Antragsteller/in:	Nico Müller (Linksjugend · Nr. 555)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 6

~~1 Die Bremische Bürgerschaft und der Senat der Freien Hansestadt Bremen werden
2 aufgefordert, die Entwicklung und Umsetzung eines Umwelt- und Sozialatlasses für
3 das gesamte Bremer Stadtgebiet auf den Weg zu bringen – orientiert am Vorbild des
4 Berliner Umweltatlas. Ziel ist es, Umweltbelastungen, gesundheitliche Risiken und
5 soziale Benachteiligung kleinräumig – auf Ebene von Ortsteilen und Quartieren –
6 sichtbar zu machen und diese Daten regelmäßig zu veröffentlichen.~~

Die Bremische Bürgerschaft und der Senat der Freien Hansestadt Bremen werden aufgefordert, die Entwicklung und Umsetzung eines Umwelt- und Sozialatlasses für das gesamte Bremer StadtgebietLand Bremen auf den Weg zu bringen – orientiert am Vorbild des Berliner Umweltatlas. Ziel ist es, Umweltbelastungen, gesundheitliche Risiken und soziale Benachteiligung kleinräumig – auf Ebene von Ortsteilen und Quartieren – sichtbar zu machen

und diese Daten regelmäßig zu veröffentlichen.

Begründung

Die Formulierung „Land Bremen“ stellt sicher, dass Bremerhaven als gleichberechtigter Teil des Bundeslandes in die Entwicklung des Umwelt- und Sozialatlasses einbezogen wird. Eine Beschränkung auf das „Bremer Stadtgebiet“ würde die zweite Stadt im Land ausschließen und dem Anspruch auf soziale und ökologische Gerechtigkeit im gesamten Bundesland nicht gerecht werden. Gerade in Bremerhaven gibt es erhebliche soziale Herausforderungen und Umweltbelastungen, die ebenfalls sichtbar gemacht und adressiert werden sollten.

Antrag A 20 -01: Änderungsantrag zu A 20

Änderungsantrag zu A 20

Antragsteller/in:	Anna Fischer (KV Nord-West · Nr. 205)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 25 - 26

- 25 ~~Im Übrigen soll der Landesverband der Linken in Bremen~~ Als Reaktion auf die Einführung der Bezahlkarte haben zivilgesellschaftliche Akteur*innen in Bremen eine solidarische Umtauschaktion initiiert, bei der Geflüchtete mit ihrer Bezahlkarte Gutscheine kaufen und diese dann in Bargeld umtauschen können. Dieser Umtauschaktion wurde von konservativer und rechter Seite mit Kriminalisierungsforderungen begegnet. Wir verurteilen den Versuch der Kriminalisierung und Diskreditierung des zivilgesellschaftlichen Engagements und sprechen den betroffenen Akteur*innen unsere Solidarität aus. Es ist richtig, dass die Regierungskoalition sich mit der Umtauschaktion
- 26 ~~in Bremen solidarisieren~~ von diesen Forderungen nicht hat treiben lassen. Es ist Teil unseres demokratischen Grundverständnis, das kreative Formen von Solidarität, gerade angesichts diskriminierender Zustände, zum gesellschaftlichen Miteinander gehören können und sollen.

Begründung

Der Satz ist bisher ziemlich kurz, hier jetzt noch einmal ausführlicher.

Antrag L 01 -01: Amendment to L 01

Änderungsantrag zu L 01

Antragsteller/in:	Felix Pithan (KV Links der Weser · Nr. 411)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 278

- 277 • unsere Strukturen auf ihre Aktualität überprüfen und ggf. Satzungsänderungen
278 auf den Weg bringen. Unter anderem erhöhen wir die Delegiertenzahl für den nächsten Landesparteitag auf mindestens 150 Delegierte.

Begründung

Unsere Mitgliedschaft hat sich durch die Neueintritte im letzten Jahr stark verändert und zahlenmäßig verdoppelt. Um die neue Zusammensetzung der Mitglieder wiederzuspiegeln müsste mehr als die Hälfte der Delegierten aus neuen Mitgliedern bestehen. Um das zu ermöglichen und gleichzeitig langjährig aktive Delegierte wiederwählen zu können, ist eine Erhöhung der Delegiertenzahl sinnvoll. Die genaue Anzahl kann und soll wie bisher der Landesvorstand festlegen.

Antrag L 01 -02: Amendment to L 01

Änderungsantrag zu L 01

Antragsteller/in:	Felix Pithan (KV Links der Weser · Nr. 411)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 222

- 187 Die Nachfrage des Nebenkosten-Checks und der Mietwucher-App der Linken im Wahlkampf
188 hat gezeigt, was auch Untersuchungen wie die Wohnarmutsstudie des Paritätischen
189 Wohlfahrtsverbands deutlich machen: Hohe Kosten beim Wohnen sind eine enorme

190 Belastung für viele Menschen. Und das ist keine Überraschung, denn freier Markt und
191 Wettbewerb dienen nicht dem Wohl der Mehrheit der Menschen in Bremen und
192 Bremerhaven. Ganz im Gegenteil: Allein in den letzten fünf Jahren sind die
193 Quadratmeterpreise bei Neuvermietungen in Bremen um knapp 40 Prozent gestiegen.
194 Damit steigern Mieter*innen die Profite derjenigen, denen der Wohnraum gehört.
195 Bezahlbares Wohnen wollen wir nicht isoliert betrachten - auch die rasant
196 steigenden Nebenkosten, teils durch systematische Abzocke, verschärfen die
197 Wohnkrise.
198 Verfallende Problemimmobilien zwingen viele Mieter*innen in unwürdige
199 Lebensverhältnisse und zeigen das Versagen bei der Instandhaltung und Kontrolle von
200 Wohnraum. Wenn das Grundbedürfnis nach Wohnraum ausgenutzt wird, um Renditen zu
201 steigern, erleben wir Verdrängung und schließlich den Verlust des Einflusses
202 darüber, wie Wohnraum und Nachbarschaften gestaltet werden sollen. Und auch
203 Rassismus auf dem Wohnungsmarkt führt dazu, dass Betroffene besonders häufig
204 benachteiligt oder betrogen werden und deutlich schlechteren Zugang zu angemessenem
205 Wohnraum haben. Holen wir uns die Stadt zurück! Denn wir wollen eine Stadt, in der
206 nicht die Logik der grenzenlosen Profitmaximierung, sondern die Bedürfnisse der
207 Menschen im Mittelpunkt stehen. Der Kampf gegen explodierende Mieten und
208 Verdrängung, der Aufbau einer gemeinnützigen Wohnungswirtschaft und die
209 Vergesellschaftung essentieller Bereiche werden daher Schwerpunkte unserer
210 politischen Arbeit in Bremen und Bremerhaven sein. Dabei nehmen wir auch Bereiche
211 der Daseinsvorsorge wie Müllabfuhr, Energie- und Wasserversorgung in den Blick:
212 Holen wir sie zurück unter demokratische Kontrolle, stoppen wir auch die rasante
213 Steigerung der Nebenkosten. So bringen wir noch 2025 eine Wohnkampagne auf den Weg.
214 Wir laden unsere Verbündeten zu einem Landespolitischen Ratschlag ein, um geeignete
215 Maßnahmen zu diskutieren. Wir gehen an die Haustüren und treten gezielt in den
216 Austausch mit Mieter*innen. Wir wollen hören, wo die Probleme der Menschen sind und
217 konkrete Hilfe anbieten. Wir organisieren Stadtteilversammlungen und bringen
218 Politik dorthin, wo sie hingehört: in die Quartiere. Dort, wo wir feststellen, dass
219 Vermieter*innen menschenunwürdige Wohnbedingungen zulassen, fordern wir ihre
220 Enteignung zum realen (Schrott-)Wert und die Vergesellschaftung des Wohnraums ein.
221 Damit dies möglich ist, bringen wir in der Bürgerschaft einen Antrag für die
222 Schärfung des Landesenteignungsgesetzes ein. Um weitere Mietsteigerungen gesetzlich zu
stoppen, schlagen wir eine Bundesratsinitiative für einen bundesweiten Mietendeckel vor
und bringen dies in der Bürgerschaft ein. Langfristig setzen wir uns für die
223 Vergesellschaftung größerer Wohnbestände ein. Unsere Wohnkampagne kann dabei eine
224 Grundlage für die Mobilisierung für einen Volksentscheid sein.

Begründung

Der von rot-rot-grün in Berlin eingeführte Mietendeckel hat die Anstieg der Mieten effektiv begrenzt. Er wurde vor Gericht nur zu Fall gebracht, weil die entsprechende Gesetzgebungskompetenz beim Bund liegt. Bremer*innen müssen im bundesweiten Vergleich oft einen besonders großen Teil ihres Einkommens fürs Wohnen ausgeben - es liegt daher nahe, dass

das Land in dieser Sache auf Bundesebene aktiv wird.

Antrag L 01 -03: Änderungsantrag zu L 01

Änderungsantrag zu L 01

Antragsteller/in:	Katja Pusch (KV Mitte-Ost · Nr. 305)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 33

- 29 Die Erschütterungen dieses geopolitischen Erdbebens sind auch in Deutschland zu
30 spüren. Allerdings: Die Kräfteverhältnisse sind widersprüchlich. Die Bundestagswahl
31 hat die Gewichte nach rechts verschoben. Die Hetze gegen Geflüchtete,
32 Bürgergeldempfänger*innen, queere Menschen, Klimapolitik und eine angebliche
33 „Verbotspolitik“ nimmt weiter zu, die Gewalt gegen Frauen erlebt einen neuen Höchststand.
Gleichzeitig gilt: Auch die Linke ist wieder da.
34 In der gesellschaftlichen Debatte sind Themen und Forderungen wieder präsent, die
35 lange Zeit an den Rand gedrängt waren. Die Schuldenbremse wird in Frage gestellt,
36 ebenso die Auffassung, der Markt werde schon alles regeln. Vermögensteuer,
37 Besteuerung von Digitalkonzernen, Entmachtung von Monopolen und Milliardenären sind
38 Tagesforderungen.

Begründung

Die Benennung dieser Entwicklung ist auch elementar beim Aufzeigen der entstandenen Entwicklung und den damit verbundenen Problemen und Gefahren. Wir verstehen uns als feministische Partei, da muss es ein wesentliches Thema sein, geschlechterbezogene Gewalt aufzuzeigen und zu bekämpfen.

Antrag L 01 -04: Änderungsantrag zu L 01

Änderungsantrag zu L 01

Antragsteller/in:	Katja Pusch (KV Mitte-Ost · Nr. 305)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 160

- 151 • einen Haushaltsentwurf, der die Drogenhilfe und die von den Fraktionen
152 nachgesteuerten Mittel verstetigt, die notwendigen Investitionsbedarfe
153 absichert (einschließlich Hafen-Sanierung und Geno-Restrukturierung) und
154 belastbar kalkuliert ist. Die zusätzlichen Spielräume durch die
155 Verschuldungsregel und das Sondervermögen des Bundes müssen genutzt werden.
156 Dabei dürfen zusätzliche Ressourcen nicht nur in „Straßen, Brücken und Beton“
157 fließen, sondern müssen auch für Kinder, Soziales, Arbeitsförderung, Frauen,
158 Stadtteilgesundheit, Inklusion und Aufnahme von Geflüchteten bereitgestellt
159 werden. Das Wegbrechen sozial substanzieller Infrastruktur muss verhindert
160 ~~werden~~werden.
- 161 • höheren Gewaltschutz für Frauen, Nicht-Binäre, intergeschlechtliche und trans* Personen. Außerdem muss die Umsetzung der Istanbul-Konvention weiter vorangetrieben und damit die Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen priorisiert werden. Zudem wollen wir Politik für Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit, was u. a. beinhaltet, sich für Angleichung des Gender Pay Gap, vollumfängliche Gesundheitsversorgung, Stadtentwicklung, mehr Anerkennung für Care-Arbeit und Quotierungen auf allen Ebenen einzusetzen und die Auseinandersetzung forcieren, die die patriarchale Prägung der Gesellschaft für alle mit sich bringt.

Begründung

FLINTA Personen stellen mehr als die Hälfte der gesamten Bevölkerung und werden nach wie vor massiv benachteiligt, ausgebeutet, diskriminiert und erfahren Gewalt. All das zu verändern muss ein großer Fokus sein, um die patriarchalen Strukturen aufzubrechen und die Welt für diese Personengruppen gerechter und sicherer zu machen.

Antrag O 07 -01: Änderungsantrag zu O 07

Änderungsantrag zu O 07

Antragsteller/in:	Solveig Brand (Linksjugend · Nr. 501)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Anträge mit Organisationsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 40 - 41

- 40 • Alle Neumitglieder ~~mit dem Geschlechtseintrag weiblich, divers oder ohne~~
41 ~~Geschlechtseintrag~~ sollen bei ihrem Eintritt einen Hinweis auf das FLINTA-
42 Netzwerk erhalten mit Informationen zum nächsten Treffen. Das FLINTA-Netzwerk
43 sorgt als (Schutz)Raum für die Vernetzung und die gegenseitige Stärkung von
44 FLINTA-Personen.

Begründung

FLINTA*-Räume sollen Schutzräume für Personen sein, die von patriarchaler Gewalt betroffen sind. Der Begriff FLINTA* steht für Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans* und agender Personen. Dennoch ist in der praktischen Umsetzung häufig zu beobachten, dass FLINTA*-Räume stark feminin konnotiert sind und vor allem mit Frauen* oder feminisierten Erfahrungen assoziiert werden.

Trans Männer sowie männlich gelesene nicht-binäre Personen fühlen sich in FLINTA*-Räumen oft nicht mitgemeint oder ausgeschlossen, obwohl auch sie in spezifischer Form von patriarchaler Gewalt betroffen sind.

Sendet man die Einladung für das FLINTA* Netzwerk nur an Frauen* und nicht-binäre Personen erreicht man trans* Männer nicht.

Wenn trans* Männer in FLINTA*-Räumen nicht sichtbar gemacht werden, verfehlen diese Räume ihr Ziel, patriarchale Strukturen umfassend aufzuzeigen und zu hinterfragen sowie ihren emanzipatorischen Anspruch, alle FLINTA* Personen zu stärken.

Daher ist es umso wichtiger als Linke Bremen einen trans* feminin und trans* maskulin inklusiven FLINTA* Begriff zu vertreten.

Antrag O 08 -01: Änderungsantrag zu O 08

Änderungsantrag zu O 08

Antragsteller/in:	Andreas Hein-Foge (KV Nord-West LGST · Nr. 702)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Anträge mit Organisationsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 6 - 10

- 6 ~~Zudem wird die Möglichkeit geschaffen, dass der Landesparteitag über einen~~
7 ~~entsprechenden Beschluss, mit einer zwei Drittel Mehrheit, der~~
8 ~~Vertreter*innenversammlung empfiehlt, Bewerber*innen, die ihr Mandat bereits~~An
Mandatsträger*innen wird dringend appelliert, sich nach drei

- 9 ~~Legislaturen~~ Legislaturperioden in der Bürgerschaft oder ~~länger ausgeübt haben weiterhin~~
aufzustellen. ~~Der Landesvorstand~~
10 ~~wird beauftragt, eine Wahlgesetz konforme, satzungsfeste Lösung im Bundestag nicht erneut~~
um ein Mandat zu erarbeit bewerben.

Begründung

Es gibt keine satzungsfeste Lösung für eine Mandatszeitbegrenzung, das ist eine rein politische Frage. Jede innerparteiliche Regelung steht hinter den Wahlgesetzen zurück.

Schon die Aufstellungsversammlungen folgen zuvörderst den wahlgesetzlichen Bestimmungen und nach diesen darf kein Mitglied daran gehindert werden jemanden vorzuschlagen oder sich selbst zu bewerben.

Antrag O 13 -01: Amendment to O 13

Änderungsantrag zu O 13

Antragsteller/in:	Felix Pithan (KV Links der Weser · Nr. 411)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Anträge mit Organisationsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 21 - 26

- 21 1. ~~Bundespolitik wird vorrangig im Bundestag gemacht. Die Einflussnahme auf die~~
22 ~~Bundesratsstimmen können kein Ersatz sein für fehlende Wirkmächtigkeit unserer~~
23 ~~Bundestagsfraktion oder Bundespartei. Umgekehrt kann das Abstimmungsverhalten~~
24 ~~Bremens im Bundesrat nicht der Mehrheitsbeschaffung für Vorhaben der~~
25 ~~Bundesregierung dienen, die nicht im Landesinteresse liegen (z.B. weil sie die~~
26 ~~finanziellen Interessen Bremens negativ berühren).~~

Begründung

Der Bundesrat ist ein Organ der Bundespolitik. In ihm wird selbstverständlich durch die Landesregierungen Bundespolitik gemacht, nichts anderes. Die Formulierung, unser Einfluss auf die Stimme Bremens im Bundesrat könne nicht den fehlenden Einfluss der Bundestagsfraktion kompensieren, stellt die reale Kontroverse um das Abstimmungsverhalten Bremens zum Sondervermögen und zur Reform der Schuldenbremse auf den Kopf: Wegen unserer Stärke (und der der AfD) im neuen Bundestag hätte die Regierung eine Änderung der Schuldenbremse nach

Zusammentreten des neuen Parlaments mit uns (konkret der Bundestagsfraktion) verhandeln müssen. Bei der Abstimmung im Bundesrat ging es daher auch darum, diesem Vorgehen den Weg frei zu machen.

Antrag O 13 -02: Amendment to O 13

Änderungsantrag zu O 13

Antragsteller/in:	Felix Pithan (KV Links der Weser · Nr. 411)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Anträge mit Organisationsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 18

- 18 Gleichzeitig nutzen alle an Landesregierungen beteiligten Parteien den Bundesrat als Hebel und politische Bühne, um ihre Vorstellungen durchzusetzen oder zumindest zu kommunizieren und Politik zu verhindern, die ihrer Agenda entgegensteht.

Begründung

Wenn die Bayrische Landesregierung im Bundesrat gegen eine Vermögenssteuer stimmt, tut sie das nicht, weil eine solche nicht im Interesse Bayerns wäre - sondern weil sie nicht den Vorstellungen des CSU von guter Steuerpolitik entspricht. Dass sich Landesregierungen mit Beteiligung von BSW und FDP im Bundesrat beim Beschluss zu Sondervermögen und Reform der Schuldenbremse enthalten haben, lag nicht am Landesinteresse der jeweiligen Bundesländer, sondern an den politischen Positionen der dort Regierenden. Wenn wir als Linke darauf verzichten, den Bundesrat als politischen Hebel zu nutzen, sollten wir und bewusst machen, dass wir die einzigen sind, die das tun.

Antrag O 13 -03: Amendment to O 13

Änderungsantrag zu O 13

Antragsteller/in:	Felix Pithan (KV Links der Weser · Nr. 411)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Anträge mit Organisationsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 52 - 54

- 51 Der Landesvorstand ist gefordert, zu wichtigen Bundesratsentscheidungen frühzeitig
52 Transparenz zu schaffen, Positionen des Landesverbands einzuholen bzw. zu formulieren und
diese in die
53 Beratung zwischen Landessprecher*innen, Fraktionsvorsitzenden und Senatorinnen
54 einfließen zu lassen. Wie auch sonst erwarten wir von unseren Mandatsträger*innen und
Regierungsmitgliedern, dass sie im parlamentarischen und Regierungshandeln Positionen
der Partei vertreten. Dabei unterscheiden wir nach Relevanz: Das Verhalten zu
55 zustimmungspflichtigen Bundesgesetzen hat mehr Gewicht als das Verhalten zu
56 Entschlüssen, die keinen unmittelbaren Einfluss auf die Wirklichkeit haben.
57 Unsere Hauptaufgabe als linker Landesverband liegt in der Landespolitik, auf die
58 wir auch weiterhin unsere Kapazitäten konzentrieren werden.

Begründung

Die ursprüngliche Formulierung ließe sich so lesen, dass Positionen der Partei in die Debatte zwar
eingebracht werden, aber am Ende ohnehin nicht ausschlaggebend sind. Das ist natürlich nicht
der Fall, sollten wir aber auch klar formulieren.

Antrag O 14 -01: Änderungsantrag zu O 14

Änderungsantrag zu O 14

Antragsteller/in:	Andreas Hein-Foge (KV Nord-West LGST · Nr. 702)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Anträge mit Organisationsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 51

- 4 ~~Wir beobachten mit Sorge ein Ansteigen antisemitischer Übergriffe in unserem Land.
Genauso viel Sorge bereitet uns aber auch die zunehmende Zensur und Repression im
Namen der Bekämpfung eines sogenannten „Israel-bezogenen Antisemitismus“ durch
staatliche Institutionen. Wir lehnen die vom Bundestag beschlossenen Resolutionen
„Nie wieder ist jetzt – Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und
stärken“ sowie „Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen“
ab. Beide Resolutionen machen die „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der
International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zur verbindlichen Grundlage~~

~~zur Förderung von Kultur- und Sozialprojekten, Raumvergaben, Einstellungskriterien, Erteilung von Aufenthaltstiteln und der Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit und zur Grundlage von staatlich geförderter Bildungsarbeit.~~

- ~~12 Diese Politisierung der „IHRA-Definition“ durch staatliche Organe in Deutschland hat in Deutschland zu einem Klima von Angst, Repression, Zensur und Gesinnungsschnüffelei und antimigrantischer Stimmungsmache beigetragen. Wir unterstützen deswegen die Aussage des Beschlusses des Bundesparteitages: „Die Linke lehnt die Praxis ab, die „Arbeitsdefinition-Antisemitismus“ der IHRA in Kommunen, Behörden und Bundestagsbeschlüssen als verbindliche Definition vorzuschreiben, um Zugänge zu Räumen und Fördermitteln zu kontrollieren. Damit verbundene Geheimdienstkontrollen, Personenüberprüfungen und Bekenntniszwänge werden ebenfalls abgelehnt. Die Linke kritisiert den zunehmenden Gebrauch der IHRA als juristisches Mittel, weil dies ein massives Einfallstor für autoritäres, staatliches Handeln ist.“~~
- ~~23 Dass die Anwendung der IHRA-Definition nicht dem Schutz jüdischen Lebens dient, zeigt allein die Tatsache, dass von 25 bis 30% der in den letzten Jahren verhängten Zensurmaßnahmen jüdische Künstler*innen und Wissenschaftler*innen betroffen waren, die sich nicht mit Israel identifizieren oder die die israelische Kriegs- und Besatzungspolitik ablehnen. Selbst israelischen antimilitaristische Gruppen wie „New Profile“ oder Organisationen von Israel*innen, die in Israel an die Nakba (Vertreibung der Palästinenser) erinnern wie „Zochrot“ wurden Fördergelder im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit gestrichen. Progressive jüdische Organisationen weisen darauf hin, dass es gerade die immanente Gleichsetzung bei der Anwendung der IHRA-Definition durch deutsche Institutionen ist, die dem Antisemitismus Auftrieb verleiht.~~
- ~~34 Wir bestreiten nicht, dass es nicht auch „israelbezogenen Antisemitismus“ gibt, aber genau deswegen ist eine präzise Definition nötig, die Antisemitismus von politischer Kritik an Israel unterscheidet. Genau dies ist das Ziel der „Jerusalem Erklärung“ die auf die Initiative von israelischen Wissenschaftlern des Jerusalemer Van-Leer-Instituts zurückgeht und von fast 400 der weltweit renommiertesten Wissenschaftler aus den Bereichen Holocaust- und Genozidforschung, Jüdische Geschichte, Nahostwissenschaften und Völkerrecht unterstützt wird. Ohne die Spezifik von Antisemitismus zu negieren, sieht sie den Kampf gegen Antisemitismus untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen alle Formen rassistischer, ethnischer, kultureller, religiöser und geschlechts-spezifischer Diskriminierung. Sie fordert „Räume für eine offene Debatte über die umstrittene Frage der Zukunft Israel/Palästinas zu wahren.“~~
- ~~46 Gerade angesichts der Tatsache, dass mehr als die Hälfte der Unterzeichner der Jerusalem-Erklärung Juden*Jüdinnen sind, halten wir die Stellungnahme des Bremer Landesvorstandes zum Beschluss des Parteitages, die der Jerusalem-Erklärung Antisemitismus unterstellt, für unangebracht. Wir fordern statt dessen eine~~

~~sachliche und informierte Diskussion über die Jerusalem-Erklärung und ihre Intention.~~

(Die Überschrift wird geändert in "Gegen jeden Antisemitismus", der Text im Folgenden wird ersetzt durch:)

52

1. Die Linke hat in ihrer Parteigeschichte nie per Beschluss gesellschaftliche Diskriminierungsformen für sich selbst definiert, sondern den Diskurs von Wissenschaft und Betroffenen stets solidarisch begleitet und sich daran orientiert. Ein Vorgehen, das der Vernunft folgt. Mit der Festlegung des Bundesparteitags auf die Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA) als Grundlage der Definition von Antisemitismus wurde mit dieser Vernunft gebrochen. Der Landesverband Bremen der Partei Die Linke hält diese Festlegung für einen Fehler und bittet den Parteivorstand, einen kommenden Bundesparteitag erneut mit dieser Frage zu befassen. Wir lehnen es grundsätzlich ab, als Partei eine Definition von Antisemitismus festzulegen. Die Partei darf diesem Diskurs weder per Beschluss vorgreifen noch sich über die wissenschaftliche Auseinandersetzung stellen. Gleichzeitig stellen wir uns gegen jede missbräuchliche Anwendung jedweder Definition. Gerade vor dem Hintergrund der Eskalation des Konfliktes im Nahen und Mittleren Osten ist Kritik am Agieren Israels, die mit Kritik an anderen Ländern vergleichbar ist, selbstverständlich legitim und nicht antisemitisch.
2. Der Landesverband Bremen sieht sich als Partnerin von Jüdinnen und Juden im Kampf gegen jeden Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens und wird die Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden jüdischer Selbstorganisation in diesem Sinne intensivieren.
3. Für den Landesverband Bremen ist die Zusammenarbeit mit Vereinigungen oder Personen, welche einen eliminatorischen Antisemitismus unter dem Deckmantel des Antizionismus vertreten, die Gewalttaten des 7. Oktober 2023 oder das verbrecherische Agieren der Hamas und anderer islamistischer Organisationen verherrlichen, verharmlosen oder leugnen, mit seinen Prinzipien und seiner Programmatik unvereinbar. Daher schließt er jedwede Zusammenarbeit mit diesen aus.

Begründung

im Wesentlichen selbsterklärend.

Ein gleichlautender Text wurde am vergangenen Wochenende vom Landesverband Sachsen auf einem Landesparteitag beschlossen.

Durch diese Formulierung wird das Anliegen der Antragsteller*innen aufgenommen, präzisiert und sprachlich sauberer abgearbeitet.

Antrag O 16: Delegiertenschlüssel für Bundesparteitag

Antragsteller/in:	Günter Matthiessen
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Anträge mit Organisationsbezug
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Es sind Delegiertenwahlkreise für den Bundesparteitag festzulegen. Hier soll es
- 2 einen Delegiertenwahlkreis für Bremerhaven für zwei Delegierte geben.

Begründung

Im Beschluss des Parteivorstandes vom 24. Mai 2025 werden im Delegiertenschlüssel (580 Delegierte) für den 10. Parteitag 8 Delegierte festgelegt. In Absatz 2 steht: *„Die Landesverbände legen entsprechend der Bundessatzung §16 (5) bis zum 30. September 2025 Delegiertenwahlkreise fest.“*

Bundessatzung §16:

„(5) Die Delegierten aus den Gliederungen werden von Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen in Delegiertenwahlkreisen gewählt. Ein Delegiertenwahlkreis umfasst einen oder mehrere territorial verbundene Kreisverbände. Die Delegiertenwahlkreise werden durch die Landesvorstände bis zum 30.9. jeden zweiten Jahres festgelegt.“

Aufgrund der bundesweiten Sondersituation des Landesverbandes Bremen ist Bremerhaven strukturell benachteiligt. In der Kommune Bremen leben etwa vier Fünftel der Bevölkerung. Der Anteil der Genoss*innen in der Kommune Bremen ist aus Gründen der unterschiedlichen Struktur der beiden Städte des Landes noch ungünstiger für Bremerhaven. Trotzdem sollte die Repräsentanz auf dem Bundesparteitag für Bremerhaven gesichert sein.